

das Grand Waldo Kasino und das Rio Casino eröffnen. Diese beiden Clubkasinos befriedigen speziell den VIP-Markt, während das StarWorld Hotel auch noch den Massenmarkt bedient. Stanley Hos SJM eröffnet 2006 das 3 Mrd. HK\$ teure Grand Lisboa, das 1,5 Mrd. HK\$ teure Crown Macau sowie zwei Kasinos in den Themenparks Fisherman's Wharf (die Kosten für die erste Phase des Ende Dezember letzten Jahres eröffneten Projekt sind auf 1,9 Mrd. HK\$ veranschlagt) und Ponte 16 (Kosten: 2,4 Mrd. HK\$; geplante Eröffnung: Ende 2006). (<http://www.macautourism.gov.mo/news/mttdetail.phtml?lan=en&id=3642>; <http://www.macautourism.gov.mo/news/pressdetail.phtml?lan=en&id=1239>; <http://www.keralanext.com/news/index.asp?id=503450>, Aufruf am 19.1.06; <http://www.gcs.gov.mo/ugcs/index.php?PageLang=E&PassType=CNW>, Aufruf am 27.1.06; www.blog.macao.info, 19., 31.12.05, 17., 21.1.06, Aufruf am 23.1.06; <http://www.galaxyentertainment.com/en/media/press-releases/articles/index.aspx?id=2006011101>, Aufruf am 2.2.06; XNA, 5., 10.1.06; SCMP, 18.1.06)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

Wahldebakel: Wechsel im DPP-Vorsitz

Unmittelbar nach den Kreis- und Kommunalwahlen am 3.12.2005 übernahm DPP-Partei- und Kommunalwahlchef Su Tseng-chang (Su Zhenchang) die Verantwortung für das desaströse Abschneiden der DPP-Kandidaten und erklärte sei-

nen Rücktritt (vgl. Fokusatikel in diesem Heft). Geschäftsführende Interimsvorsitzende wurde Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) (CNAT, nach BBC PF, 2.12.05; SCMP, 8.12.05).

Su, ein aufrechter Parteisoldat der ersten Stunde, trug nach weit verbreiteter Ansicht allerdings nicht die Schuld am schlechten Abschneiden der DPP. Innerhalb und außerhalb der Partei wurde vielmehr Präsident Chen Shui-bian als Hauptverantwortlicher gesehen. Dies bestätigte eine Umfrage: nur 6% der Befragten meinten, die Wahlniederlage der DPP gehe auf das Konto von Su, 56% nannten den Präsidenten (ST, 4., 5., 6.12.05).

Zur Nachfolgerwahl traten drei Kandidaten an: der frühere Premierminister Yu Shyi-kun (Yu Xikun), zuletzt Leiter des Präsidentenbüros, der Parlamentarier Chai Trong-rong (Cai Tongrong), ein dezidiert Unabhängigkeitsbefürworter, sowie als Außenseiterin Wong Chin-chu (Weng Jinzhu), die am 3. Dezember als Kreisverordnete von Changhua kandidiert hatte, aber nicht gewählt worden war (TT, 21.12.05; CNAT, nach BBC PF, 22.12.05).

Der innerparteiliche Wahlkampf fand in den Medien große Beachtung, ging es doch dabei um die Frage: Wird die Pro-Chen-Shui-bian-Fraktion gewinnen und die DPP-Linie der nächsten Jahre prägen oder die stärker unabhängigkeitsbetonte Anti-Chen-Fraktion? Für Erstere steht Yu, für Letztere in erster Linie Chai. Außerdem wäre der Sieger ein wahrscheinlicher Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen, denn Chen Shui-bian kann laut Verfassung nicht erneut antreten. Die drei Bewerber für den Vorsitz stellten sich auf einer Fernsehdebatte vor

und tauschten Argumente aus. Chai und Wong übten explizite Kritik an Präsident Chen, während Yu diesen verteidigte (TT, 8., 10.1.06).

Die Urwahl durch den wahlberechtigten Teil der DPP-Mitglieder entschied Yu Shyi-kun am 15.1.2006 mit 55% der Stimmen klar für sich (CNAT, nach BBC PF, 15.1.06). Dies ist vor allem auch ein Erfolg für Präsident Chen, der sich damit für die restliche Amtszeit die Unterstützung durch die Partei sichert. Jedes andere Ergebnis hätte freilich die politische Zersplitterung Taiwans mit der gegenseitigen Blockade divergierender Kräfte noch verschärft (ST, 16.1.06).

Regierungsumbildung: Wahlverlierer wird Premier

Am 17.1.2006 gab Frank Hsieh (Xie Changting) seinen Rücktritt vom Posten des Ministerpräsidenten bekannt. Hsieh hatte Präsident Chen Shui-bian nach der Wahlniederlage der Regierungspartei DPP Anfang Dezember 2005 bereits zweimal den Rücktritt angeboten, doch hatte Chen ihn gebeten zu bleiben. Unmittelbarer Anlass für das dritte Gesuch war ein Konflikt zwischen Chen und Hsieh: Die Oppositionsmehrheit im Legislativ Yuan hatte den Etatentwurf der Regierung nur mit erheblichen Kürzungen verabschiedet. Hsieh wollte beim Parlament eine Revision dieser Entscheidung beantragen, erhielt dazu vom Präsidenten aber nicht die nötige Zustimmung. Ein weiterer Konfliktpunkt war, dass der pragmatische Hsieh die Verschärfung der Richtlinien nicht mittragen mochte, die Chen in seiner Neujahrsansprache bezüglich der Investiti-

onstätigkeit taiwanischer Firmen auf dem Festland ankündigte (s. folgende Dokumentation), sondern für eine liberalere Linie eintrat. Mit Hsieh schied in der Ägide Chen Shui-bian bereits der vierte Ministerpräsident aus dem Amt. Er versah seinen Dienst nicht einmal ein volles Jahr. In seinem Gefolge trat am 23. Januar das gesamte Kabinett zurück (CNAT, nach BBC PF, 1., 17.1.06; FAZ, 18.1.06; NZZ, 18.1.06; ST, 18.1.06; TT, 25.12.05, 21.1.06).

Hsieh hatte es sich zur Aufgabe gemacht, mit der Opposition ins Reine zu kommen, die im Parlament die Mehrheit hat. Das ist ihm allerdings nicht gelungen, im Gegenteil lag die Zahl der Gesetzesvorhaben, die er durch den Legislativ Yuan bringen konnte, noch unter der seines Vorgängers. Schuld daran waren unglückliche Konstellationen, vor allem ein Präsident, der seine Linie nicht unterstützte (TT, 12.1.06).

Zu seinem Nachfolger berief Präsident Chen Shui-bian Su Tseng-chang (Su Zhenchang). Der 58-Jährige war bis zum 3.12.05 Vorsitzender der Regierungspartei DPP gewesen und wegen des Wahldebakels zurückgetreten (s. vorangehende Dokumentation) (ST, 20.1.06).

Su zählt zu den Gründungsmitgliedern der DPP und ist einer der wenigen bekannten Namen der Partei, die noch über eine gewisse Popularität verfügen. Nach dem dramatischen Ansehensverlust, den der Präsident in den letzten Monaten vor allem in Folge eines Korruptionsskandals erlitten hatte (vgl. C.a., 5/2005, Dok 49, 6/2005, Dok 39), bleiben in der Tat nicht viele Hoffnungsträger, die ihm und seiner Regierung wieder zu mehr Ansehen verhelfen könnten. Su ist

nicht in irgendwelche Affären verwickelt und ein alter Weggefährte des Präsidenten – zwei gute Gründe für dessen Personalentscheidung. Allerdings mutet es seltsam an, dass jemand, der gerade wegen einer Wahlniederlage zurückgetreten war, nun für dieselbe Partei einen noch verantwortungsvolleren Posten erhält. Dass sich Chen damit auf Umfrageergebnisse bezog, wonach eine große Bevölkerungsmehrheit ihn selbst und nicht Su als den Hauptschuldigen an der Wahlschlappe ansieht, darf wohl bezweifelt werden (ST, 6.12.05).

Su gilt als aufrechte, bodenständige und integre Persönlichkeit und entspricht damit dem „klassischen“ Profil eines DPP-Veteranen. Er verfügt kaum über internationale Erfahrung. Auch vertritt er chinapolitisch keine wahrnehmbare eigene Linie. Um so interessanter ist da die Besetzung des Stellvertreterpostens mit Tsai Ing-wen, der früheren Chefin des Rats für Festlandsfragen. Als im Ausland (London) promovierte Akademikerin mit politischer Erfahrung auf dem internationalen Parkett ist Tsai in vieler Hinsicht das Gegenteil von Su. Falls beide gut miteinander auskommen, könnten sie sich politisch ergänzen. Chinapolitisch gilt Tsai eher als Hardlinerin und wird Präsident Chen in dem Sinne sicher eine Hilfe sein. Die Kombination Su/Tsai wurde auch aus Kreisen der Opposition zustimmend kommentiert (TT, 20., 21., 22.1.06).

Su übernahm einen Teil des Kabinetts von seinem Vorgänger. Neu besetzt wurden unter anderem folgende Posten:

- Joseph Lyu (Lü Jucheng), bisher Direktor der Bank of Taiwan, wird neuer Finanzminister,

- Morgan Hwang (Huang Yingshan), zuletzt Chef des Energiekonzerns Taipower, übernimmt das Wirtschaftsministerium,
- James Huang (Huang Zhifang), bisher im Präsidentenbüro tätig, löst Mark Chen als Außenminister ab. (WSJ, 24.1.06; TT, 21.-23.1.06)

Wie fähig die neue Regierungsmannschaft sein wird, bleibt abzuwarten. Der Verdacht besteht, dass vor allem solche Personen berufen wurden, die Gewähr bieten, sich an die Vorgaben des Präsidenten zu halten. Wirtschaftsminister Hwang, der sich als Sanierer maroder Staatsbetriebe Anerkennung erwarb, wirkte auf seine neuen Aufgaben jedenfalls schlecht vorbereitet und geriet arg ins Schwimmen, als es darum ging, der Presse die Kernpunkte seiner Politik zu erläutern (TT, 27.1.06).

Präsident Chens Neujahrsansprache sorgt für Unruhe

Dass die traditionelle Neujahrsansprache des Präsidenten bei der Opposition auf Kritik stoßen würde, durfte man erwarten. Aber auch die USA sahen Grund, Taiwans Staatschef zu mahnen (CNAT, nach BBC PF, 1.1.06; TT, 2., 3., 8.1.06; SCMP, 2.1.06; ST, 3.1.06).

Spektakuläres Neues hatte Chen Shuibian zwar nicht zu sagen, aber die Akzente, die er setzte, und auch, was er nicht sagte, laufen auf eine Verschärfung der ohnehin schlechten Beziehungen zur VR China hinaus.

Schwerpunkte der Rede bildeten die taiwanische nationale Identität, die es zu stärken gelte, die militärische Bedrohung, derer sich Taiwan durch größere Rüstungsanstrengungen zu erwehren habe, und eine Revision des Grundsatzes, nach dem Taiwan die wirtschaftlichen Aspekte seiner China-Politik steuert. Irgendwelche Angebote an die VR China oder freundliche Töne in der Sache waren dagegen nicht zu vernehmen (CNAT, nach BBC PF, 1.1.06).

Unter Chen Shui-bians Amtsvorgänger Lee Teng-hui (Li Denghui) hatte für die Ausgestaltung des Verhältnisses zu China, namentlich für die Investitionsaktivitäten taiwanischer Firmen auf dem Festland, der Grundsatz gegolten: „Eile mit Weile“. 2001, in einer Phase betont liberalerer Politik, hatte Chen stattdessen einen neuen Leitsatz kreiert: „Aktive Öffnung, wirksames Management“ (vgl. C.a., 2001/8, Ü 38). Nunmehr werden die Adjektive vertauscht, und es gilt: „Aktives Management, wirksame Öffnung“ (*jiji guanli, youxiao kaifang*), denn effektives Management sei wichtiger als aktive Öffnung, wie Chen erläuterte.

Der Rat für Festlandsfragen (MAC), quasi das Chinaministerium Taiwans, bestritt zwar, dass damit eine Änderung der politischen Linie verbunden sei, doch hatte der Präsident sich auch schon in anderem Zusammenhang für eine stärker restriktive Politik ausgesprochen (CNAT, nach BBC EF, 1.1.06; TT, 2.1.06, WSJ, 2.1.06; vgl. Fokusartikel in diesem Heft), und anders als im Sinne stärkerer Kontrolle der Chinaaktivitäten taiwanischer Firmen war der entsprechende Redepassus auch kaum zu verstehen.

Als die Staatsanwaltschaft zehn Tage später gegen den früheren Chef der United Microelectronics (UMC) Anklage wegen Verstoßes gegen die Regeln, die für Chైనinvestitionen gelten, erhob, wurde dies allgemein dahingehend verstanden, dass die Regierung ein Exempel statuieren wolle, um klarzumachen, dass man es mit dem „wirksamen Management“ ernst meine (FT, 10.1.06). Der Vorgang fand auch in der internationalen Presse Beachtung und wurde einhellig dahingehend kommentiert, dass die Regierung laxen Umgang mit den Regeln nicht tolerieren werde und die Unternehmer mit dem Verfahren gegen den Ex-UMC-Chef warnen wolle (FT, 11., 12.1.06; ST, 12.1.06).

Wirtschaftsministerin Ho Mei-yueh (He Meiyue) kündigte tags darauf an, das Antragsverfahren zu verschärfen, das Taiwans Unternehmen zur Genehmigung ihrer Chైనinvestitionen zu durchlaufen haben (CNAT, nach BBC PF, 11.1.06).

Demnach darf von einer Linienkorrektur bei Taiwans Chinapolitik wohl gesprochen werden. Dass sich an der Investitionstätigkeit taiwanischer Firmen auf dem Festland Nennenswertes ändern wird, ist allerdings nicht zu erwarten, denn dazu gibt es zu große Schlupflöcher. Vor allem ist der Umweg von Investitionskapitel über die britischen Karibikinseln beliebt. Vermutlich ging es Präsident Chen auch mehr darum, das Erscheinungsbild der Regierung zu korrigieren. Von Seiten taiwannationalistischer Kreise wurde ihm immer wieder vorgeworfen, zwar das Taiwanbewusstsein und die taiwanische Selbstbehauptung im Munde zu führen, aber durch viel zu großzügige Invest-

tionsregelungen gleichzeitig Taiwans Ausverkauf an die VR China zu ermöglichen.

Die Mahnungen der USA bezogen sich dagegen mehr auf Chens neuerlich bestätigten Plan, Taiwan eine neue Verfassung zu geben. Damit werde er, so die Befürchtung, einen Übergang von der derzeitigen „Republik China“ zu einer „Republik Taiwan“ vollziehen. Dass Chen Derartiges im Sinn hat, ist offensichtlich. So verwendete er den offiziellen Staatsnamen, wie ein KMT-Vertreter zählte, in seiner Neujahrsansprache nur zweimal, davon einmal in rein historischem Kontext, die Bezeichnung „Taiwan“ dagegen 70-mal, zudem nannte er als Staatsfläche die Fläche Taiwans. Eine Sprecherin des US-Außenministeriums ermahnte Chen, eine neue Verfassung dürfe keinesfalls zu einer Änderung von Taiwans Status quo führen (TT, 2., 3.1.06).

Ma Ying-jeou bestätigt seine selbstbewusste chinapolitische Linie

Nach dem Wahlerfolg der Nationalen Volkspartei (KMT) am 3.12.2005 (vgl. Fokusartikel in diesem Heft) bestätigte deren Vorsitzender Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) erneut seine chinapolitische Linie, die keineswegs „kapitulationistisch“ ist, wie es Präsident Chen Shui-bian im Wahlkampf behauptete, sondern ein gehöriges Maß an Selbstbewusstsein zeigt, gleichzeitig aber der Gegenseite Anknüpfungspunkte bietet. So erklärte er in einem Interview mit der Hongkonger Wochenschrift *Yazhou Zhoukan*, er befürworte den Ein-China-Konsens von 1992 – dessen Anerkennung Beijing zur Bedingung

für Gespräche macht –, allerdings bestünden darüber, was dieses „eine China“ sei, unterschiedliche Auffassungen auf beiden Seiten, und Taiwan könne keinesfalls zustimmen, dass dieses „eine China“ die VR China bedeute. Taiwan habe immerhin eine unabhängige Regierung. Da es fruchtlos sei, eine Kontroverse um die Ein-China-Deutung fortzuführen, solle man sich darum bemühen, den Kultur- und Wirtschaftsaustausch zwischen beiden Seiten zu stärken. Zwar wünsche die KMT keine dauerhafte Spaltung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße, doch sei es zu früh, über eine Wiedervereinigung zu diskutieren. Ein konkretes Vorhaben, das schon Lien Chan (Lian Zhan, Mas Vorgänger) im Gespräch mit KP-Chef Hu Jintao ins Auge gefasst habe, sei ein gemeinsamer Markt. Derzeit gelte es, auf beiden Seiten günstigere Voraussetzungen für den Austausch zu schaffen (nach TT, 10.12.05).

In einem Interview mit dem amerikanischen Wochenmagazin *Newsweek* wiederholte Ma diesen Standpunkt, wobei er Lob und Tadel für die Gegenseite abwägte: Beijing lehne zwar eine De-jure-Unabhängigkeit Taiwans ab, verzichte momentan aber auch darauf, auf Taiwan Druck auszuüben. Aus dem Grund solle man sich in Taibei auch hüten, Beijing zu provozieren. Zwar bleibe die Wiedervereinigung das Endziel der KMT, aber dafür gebe es keinen Zeitplan (nach TT, 21.12.05).

Der neue KMT-Chef bestätigte damit, dass er nach den Wahlen weiterhin die chinapolitische Linie verfolgt, die er auch schon zuvor vertreten hatte (vgl. C.a., 5/2005, Dok 50). Er möchte, dass Taiwan die Chancen nutzt, welche die derzeitige Situation bie-

tet: Kein martialisch-nationalistisches Getöse in Beijing, kein Säbelrasseln mit Landemanövern und Raketenabschüssen auf dem gegenüberliegenden Ufer, dagegen direkte Kontakte zwischen den Parteien KMT (und PFP) auf taiwanischer und KPCh auf Beijinger Seite. Bis man Gelegenheit erhält, Ma Ying-jeous Politik in Aktion zu sehen, wird es freilich noch dauern – vermutlich bis nach den Präsidentschaftswahlen 2008.

Zerstörer der Kidd-Klasse in Taiwan eingetroffen

Anfang Dezember konnte Taiwans Marine die ersten zwei von vier großen Zerstörern willkommen heißen, die Taiwan 2003 von den USA gekauft hatte. Die 600 Mann starke Besatzung hatte die Schiffe Ende Oktober übernommen, nachdem sie in den Vereinigten Staaten ausgebildet worden war.

US-Präsident Bush hatte die Schiffe bereits 2001 angeboten. Da es sich um ältere Modelle handelt – sie waren Ende der 1970er Jahre vom Stapel gelaufen und 1998 außer Dienst gestellt worden – war ihre Beschaffung in Taiwan zunächst heftig umstritten. Skeptiker hielten die Schiffe für zu teuer und für zu wenig leistungsfähig – an sich hatte Taiwan gehofft, von den USA das hochmoderne Aegis-Abwehrsystem kaufen zu können.

Der Oberkommandierende der Flotte erklärte jetzt, die Zerstörer bedeuteten eine beträchtliche Stärkung der Luft- und der U-Boot-Abwehr. Die Raketen, mit denen die Zerstörer bestückt sind, haben eine Reichweite von 144 km und übertreffen damit die Reichweite der Raketen auf den Fregatten

der Perry-Klasse bei weitem. Vor allem aber verfügen sie über ein leistungsfähiges Radar, das gleichzeitig einige Dutzend Flugobjekte erfassen kann. Die Schiffe sollen dementsprechend an der Peripherie der Verteidigungslinie stationiert werden. Die zwei restlichen Zerstörer wird Taiwan im März 2007 übernehmen.

Parlament verabschiedet Bürgerinformationsgesetz

Der Legislativ Yuan stärkte im Dezember die Bürgerrechte. Ein neues Bürgerinformationsgesetz sieht vor, dass alle Informationen, die die Regierung besitzt, öffentlich zugänglich gemacht werden müssen. Ausnahmen gelten nur für Staatsgeheimnisse, Berufsgeheimnisse, private Daten und solche Informationen, die den Schutz geistigen Eigentums betreffen. Zur Formulierung des Gesetzes wurden entsprechende Regelungen aus Schweden, Kanada, Japan, den USA und anderen Staaten ausgewertet.

Unter anderem schreibt das Gesetz dem Staat vor, Verträge mit dem Ausland, die Korrespondenz mit fremden Staaten, Gesetze, Verwaltungsentscheidungen, Verwaltungsberichte, Haushalte, Forschungsberichte, Anstellungsverträge und andere Dokumente innerhalb von drei Monaten zu registrieren, zu katalogisieren und in Regierungspublikationen oder auf den Internetseiten der Regierung zu veröffentlichen (TT, 7.12.05).

Das Gesetz entspricht der Linie der Regierung, Taiwan zu einer offenen Gesellschaft zu machen, die sich an internationalen Standards von Liberalität und Freiheit

misst. Bedenkt man, dass das Volk in der KMT-Ära noch vor zwanzig Jahren als Sicherheitsrisiko galt und die Regierung Informationen über ihre Arbeit nur in homöopathischen Dosen freigab, zeigt sich hier erneut der tief greifende Wandel, den Taiwan auf dem Weg von der Diktatur zur Demokratie vollzogen hat.

Todesstrafe auf dem Rückzug, geringes Vertrauen in die Justiz

In Taiwan wurden im vergangenen Jahr 17 Personen zum Tode verurteilt, doch nur drei Hinrichtungen wurden vollstreckt. Die Differenz ist Folge der Regierungspolitik, die auf eine völlige Abschaffung der Todesstrafe zielt, angesichts der geringen Unterstützung in der Bevölkerung jedoch bislang keine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg gebracht hat. 80% der Taiwaner lehnen einen solchen Schritt nach wie vor ab, wie das Justizministerium in einer Umfrage feststellte. Die Zahl der Hinrichtungen tendiert jedoch bereits gegen null: 1998 gab es noch 32, in Präsident Chens erstem Amtsjahr noch 17. Derzeit sitzen 70 zum Tode Verurteilte in den Gefängnissen ein.

Die Regierung will nun versuchen, ihrem Ziel schrittweise näherzukommen. Dazu zählt, die Voraussetzungen für die Verhängung eines Todesurteils zu verschärfen. Außerdem soll nach VR-chinesischem Vorbild eine Todesstrafe mit einer zweijährigen Bewährungsfrist versehen werden, sodass eine Umwandlung in lebenslange Haft möglich ist, wenn der Verurteilte seine Tat bereut. Dies gab Justizminister Morley Shih (Shi Maolin) am Jahresanfang bekannt. Men-

schenrechtsgruppen verlangen stattdessen ein vollständiges Moratorium. Außerdem solle sich die Regierung mehr bemühen, der Bevölkerung das Abschaffungsziel zu vermitteln. Dass in dem Punkt einiges möglich ist, deutet die erwähnte Umfrage ebenfalls an. Unter der Voraussetzung nämlich, dass Gefängnisstrafen verschärft und die Freilassung von Schwerverbrechern erschwert würden, wären 40% der Befragten auch mit einer Abschaffung der Todesstrafe einverstanden (TT, 1., 2.1.06).

Die verbreitete Befürwortung der Todesstrafe steht in eigentümlichem Widerspruch zu der Tatsache, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung eine schlechte Meinung vom Justizsystem und der Arbeit der Gerichte hat. Bei einer Umfrage gaben nur 30% der Befragten an, sie vertrauten der Gerichtsbarkeit. 61% glaubten, dass wohlhabende und politisch namhafte Beklagte vom Gericht milder beurteilt werden als andere, und 77% glaubten, dass Richter dem Staatsanwalt mehr Gehör schenkten als dem Verteidiger (TT, 11.12.05).

Neuaufgabe der Neujahrs-Charterflüge vom und zum Festland

Wie schon 2003 und 2005 finden auch in diesem Jahr zum chinesischen Neujahrsfest („Frühlingsfest“) wieder Passagierflüge zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland statt. Vorgesehen sind 72 Hin- und Rückflüge von sechs taiwanischen und sechs festländischen Flugesellschaften zwischen dem 20. Januar und dem 7. Februar.

Gegenüber dem Vorjahr gibt es zwei Verbesserungen: Als viertes Ziel neben Beijing, Guangzhou und Shanghai kam Xiamen (Amoy, Provinz Fujian) hinzu, und zudem wurde der Personenkreis erweitert: Nun dürfen alle Taiwaner das Angebot nutzen, die über entsprechende Reisepapiere verfügen, also auch Touristen. Zuvor waren nur taiwanische Geschäftsleute und ihre Angehörigen zugelassen. Nach wie vor allerdings müssen die Flüge über den Luftraum Hongkongs oder Macaus führen; eine Zwischenlandung (wie noch 2003) ist jedoch nicht erforderlich.

Da die Neujahrsflüge dieses Mal ohne großes Hin und Her realisiert werden konnten und erneut ausgeweitet wurden, darf man von einem Schritt zu einer Normalisierung im beiderseitigen Luftverkehr sprechen. Schon beim letzten Mal standen im Anschluss an die Neujahrsflüge Verhandlungen über ganzjährige Charterflüge kurz bevor. Dann kam das unselige chinesische Antizezessionsgesetz dazwischen. Dieses Mal sind solche Verhandlungen erneut im Gespräch. Ob die Verschärfung der chinapolitischen Linie, die Präsident Chen derzeit durchzieht, so weit getrieben wird, die Verhandlungen zu verhindern, ist noch nicht absehbar. Die Rede ist von einem Charterflug pro Woche und Richtung sowie – von taiwanischer Seite besonders gewünscht – die Einrichtung von Frachtcharterflügen. Nachdem sich gezeigt hat, dass der beiderseitige direkte Flugverkehr sich auch ohne Verhandlungen zwischen den Regierungen erreichen lässt, sollte der nächste Normalisierungsschritt keine große Sache mehr sein. Taiwans Geschäftswelt befürwortet ihn nachdrücklich (IT, 16.12.05, 21., 23.1.06;

WSJ, 23.1.06; CNAT, nach BBC PF, 25.1.06; SCMP, 25.1.06).

Wachsende soziale Unsicherheit, mehr Selbstmorde

Auf einer Tagung in Taipei über Depression und Suizidprävention wurde im Dezember bekannt gegeben, dass die Selbstmordrate in Taiwan innerhalb der letzten zehn Jahre dramatisch angestiegen ist. Für über 17-jährige ist es heute bereits die neunthäufigste Todesursache. Nach Statistiken des Gesundheitsministeriums gab es 2004 15,3 Suizidfälle pro 100.000 Einwohner gegenüber 6,2 Fällen im Jahr 1994. Ein Teil des Zuwachses geht offenbar indirekt auf das Konto des großen Erdbebens vom September 1999. Es führte zu einer Zunahme von Depressionen und damit zu einer erhöhten Suizidbereitschaft. Frauen sind davon stärker betroffen als Männer.

Der Staat versucht unterdessen gegenzusteuern und eröffnete ebenfalls im Dezember in Taipei ein Nationales Zentrum zur Suizidprävention (IT, 10., 12.12.05).

Sprachliche Kommunikationskompetenz von Schülern schwindet

Pisa-Alarm in Taiwan, gewissermaßen: Die Vorsitzende der Bildungsvereinigung der Provinz Taiwan (*Taiwan sheng jiaoyu hui*) beklagt, dass bei taiwanischen Schülern in den letzten Jahren ein dramatischer Verfall der Sprach- und Kommunikationskompetenz festzustellen sei. Dafür gebe es zwei Gründe:

Zum Ersten sei in den Grundschulen durch Unterrichtsreformen im Jahr 2001 die Zahl der Stunden im Sprachunterricht von zehn auf sechs reduziert worden, zum Zweiten wirke sich die Internetnutzung nachteilig aus. Durch das Schreiben chinesischer Texte mittels der alphabetischen Computertastatur würden auch viele chinesische Zeichen nicht mehr korrekt identifiziert.

Lin An-wu, Professor für Chinesisch an der National Taiwan Normal University, ergänzte, dass an Mittelschul-Unterstufen der Unterricht in klassischer chinesischer Schriftsprache leide. Sie zu lernen gelte als schwierig und oft als unnötig.

Eine 2003 durchgeführte Studie beleuchtet das Problem noch aus einem anderen Blickwinkel: Damals betrug die Zahl der Stunden, die ein Schüler pro Jahr durchschnittlich im Unterricht verbringt, 1.200. Die Zeit vorm Fernseher lag mit 1.000 pro Jahr nur wenig darunter. Mit Lesen verbringen die Schüler im Schnitt nur ein Fünftel so viel Zeit.

Die Bildungsvereinigung evaluiert seit Oktober 2005 die Folgen der Unterrichtsreform. Schulen dürfen zwar die Zahl der Sprachunterrichtsstunden an den Lernerfolg anpassen und demzufolge auch zusätzliche Stunden anbieten, doch scheint diese Möglichkeit nicht ausreichend genutzt zu werden und vor allem das Freizeitverhalten der Schüler nicht zu ändern (IT, 8.12.05).

Corrigenda

Heft 6/2005

Studie „'Kulturwirtschaft' – Das letzte Stück Kuchen der Reform ...“ von Zhang Junhua

Folgender Satz auf S. 35, rechte Spalte, Zeilen 4-7, sollte korrekterweise lauten: „Das Potenzial der chinesischen Filmproduktion zeigt sich darin, dass 2004 insgesamt 160 Filme produziert und von der Zensur für die Ausstrahlung genehmigt wurden (N.N. 2004a).“

Dokumentation Taiwan

Auf S. 76, rechte Spalte, ist fälschlich von einer „derzeitigen Ministerpräsidentin Yeh Chulan“ die Rede. Es muss „derzeitige Bürgermeisterin ...“ heißen.

Wir bitten die Fehler zu entschuldigen.